



Infoblatt von Sabine Berninger, MdB

Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Ausgabe 16 | Januar 2010

FÜR EINE BESSERE FAMILIENPOLITIK IN THÜRINGEN!

Der Trägerkreis „für eine bessere Familienpolitik“ will mit einem Volksbegehren den rigiden Sparkurs der Landesregierung in der Familienpolitik stoppen. „Wir wollen ein Gesetz schaffen, das auch künftig allen Thüringer Kindern eine solide Betreuung in den Kindergärten und Grundschulhorten garantiert. Gleichzeitig wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten, ohne Eltern und Kommunen finanziell zu überfordern.“

Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski hatte am 15. September 2009 die Zulässigkeit des Antrages auf ein Volksbegehren festgestellt. Damit war der Grundstein für das Volksbegehren gelegt.

Warum ein Volksbegehren?

Im Jahr 2004 leitete der Thüringens damaliger Ministerpräsident Althaus eine radikale Wende in der Familien- und Bildungspolitik ein: Die bisher im Deutschlandvergleich vorbildliche Familienförderung war ihm zu teuer, also setzte er Sparprogram-

me durch. Die Tatsache, dass viele Frauen arbeiten gehen, statt sich als Vollzeitmütter ihren Kindern zu widmen, war den Konservativen ein Dorn im Auge. Also entwarf er halbherzige Fördermaßnahmen zugunsten von Müttern, die ihre Kinder im Alter von 2 Jahren nicht in die Kita geben. Sie erhalten seither Landeserziehungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro, das aus dem bisherigen Haushaltsposten für Kitas abgezweigt wird.

Fachleute hatten von Anfang an eindringlich davor gewarnt, die bewährten Betreuungsstrukturen in Thüringen kaputt zu sparen. Doch die Landesregierung ignorierte alle Sachargumente und setzte ihr Sparprogramm im Dezember 2005 im Landtag durch.

Die Folgen: die Kitas haben seither mit erheblichen Personal-

engpässen zu kämpfen. Der Personalabbau betrug zwischen 2005 und 2007 etwa 600 Stellen, obwohl die Zahl der Kinder in den Kitas kontinuierlich zunahm.

Inzwischen belegen auch unabhängige Studien, dass in Thüringer Kitas mindestens 2000 Vollzeitstellen für Fachkräfte fehlen. Das Volksbegehren will den Rückbau der bewährten Bildungs- und Betreuungsstrukturen rückgängig machen und damit auch bundesweit ein Signal für eine moderne Familienpolitik setzen.

Start des Volksbegehrens, bei dem thüringenweit 200.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, ist der 10. Februar 2010.



Weitere Informationen: www.bessere-familienpolitik.de

2 LANDTAGSINFO

■ Kommunalfinanzen: Landesregierung darf nicht weiter abwarten!

"Das alte Jahr geht zu Ende und die Thüringer Kommunen wissen immer noch nicht, mit welchen Geldern sie im nächsten Jahr rechnen können", kritisierte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, Ende Dezember 2009.

Die jüngsten, mit Zustimmung der Mehrheit aus den Ländern getroffenen, Entscheidungen des Bundes werden die Finanzkrise der Thüringer Kommunen verschärfen. Durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz müssten die Thüringer Städte und Gemeinden mit einem Steuereinnahmeverlust in Höhe von rund 60 Millionen Euro rechnen. Zudem sei noch ungeklärt, in welchem Umfang sich der Bund an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Bezieher beteiligen werde. Obwohl

hier mit Mehrausgaben für die Thüringer Städte und Landkreise von knapp 20 Millionen Euro gerechnet werde, will der Bund seinen Anteil um 10 Millionen Euro kürzen. Das würde für die Thüringer Kommunen in Summe 30 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben bedeuten. Offen seien auch die Zuweisungen des Landes an die Kommunen.

Kuschel befürchtet, dass deshalb ab Januar in vielen Kommunen der Kahlschlag drohe. Die Kommunen hätten nicht viele Stellschrauben, um auf die Finanzkrise reagieren zu können. Meist bleibe nur die Option, Investitionen zu streichen oder eben die Zuschüsse für Vereine, Verbände und Projekte zu kürzen. "Doch wenn soziale und kulturelle Infrastruktur erst einmal zerstört ist, kann sie später kaum wieder aufgebaut werden, selbst wenn es dafür Gelder geben sollte", zeigt sich Frank Kuschel überzeugt

■ Pflege: Gute Noten beim Heim-TÜV nur eine Seite der Medaille.

Die veröffentlichten Zahlen der Pflegekassen über die Qualitätskontrollen der Thüringer Pflegeheime beweisen, dass in der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt dieser Ausgabe:

- 1 Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen
- 2 Landtagsinfo
- 3 Kein Naziaufmarsch in Dresden!
- 4 Infos aus der Fraktion DIE LINKE. im Arnstädter Stadtrat
- 5 Kluge Worte
- 6 Termine

LANDTAGSINFO

(Fortsetzung von Seite 1)

Mehrzahl der kontrollierten Heime durch das Pflegepersonal eine aufopferungsvolle Arbeit geleistet wird, sagt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag Jörg Kubitzki im Anschluss an die Pressekonferenz zur Vorstellung der Bewertungen für Pflegeheime am 05.01.2010. Allerdings "zeugten die verhältnismäßig wenigen Kontrollen auch davon, dass eine kontinuierliche Qualitätskontrolle fehle. Bisher wurden von den mehr als 300 Einrichtungen in Thüringen nur 132 Pflegeheime bewertet. Wenn der Gesetzgeber regelmäßige Kontrollen festlegt, so müsse auch der Medizinische Dienst der Pflegekassen dazu personell auch in die Lage versetzt werden. Das sei allerdings nicht der Fall. "So müssen Pflegebedürftige auf die Einstufung ihrer Pflegebedürftigkeit oft sehr lange Wartezeiten auf sich nehmen, bevor der MDK zum Hausbesuch kommt", kritisiert der Sozial-

politiker der LINKEN.

Kubitzki forderte ein neues Thüringer Heimgesetz, das einen hohen Fachkräfteschlüssel für stationäre und ambulante Pflege und damit eine gute Pflegequalität gewährleiste. Thüringen sei nach wie vor das Bundesland mit der geringsten Vergütung für Pflegeleistungen. "Diese rote Laterne muss abgegeben werden, damit auch endlich wieder gut ausgebildete Pflegekräfte in Thüringen bleiben".

■ **Arbeitsmarkt: Arbeitslosigkeit in Thüringen weiter verfestigt.** „Keinen Anlass zum Freudentaumel“ oder "übertriebenem (Zweck-)Optimismus", sieht die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion, Ina Leukefeld, in den am 05.01. veröffentlichten Arbeitslosenzahlen für Thüringen.

In Thüringen stiegen die Arbeitslosenzahlen zum Jahresende 2009 um 2.700 auf 121.900 an, was zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote um 0,2 Prozent auf nun 10,2 Prozent führte. Leukefeld wertet dieses Ergebnis als Beleg dafür, dass sich

Arbeitslosigkeit in Thüringen weiter verfestigt. Ein ein objektives Bild zur Arbeitslosenquote sei nur dann möglich, wenn man die in der Warteschleife "Kurzarbeit" verharrenden potenziellen Arbeitslosen in die Bilanz einbeziehen würde.

"Zeit- und Leiharbeiter, Beschäftigte in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsgelegenheiten, wie Ein-Euro-Jobber, fallen aus dieser Statistik bekanntlich heraus. Wer nach fünf Jahren Hartz IV die Augen immer noch verschließt vor irrationalen, geschönten Arbeitsmarktzahlen, der wachsenden Kinder- und Altersarmut, vor der Perspektivlosigkeit Tausender Arbeitsloser, Minijobber und Arbeitssuchender in Thüringen lebt an der Realität vorbei", konstatiert die Arbeitsmarktpolitikerin und fordert den Thüringer Wirtschaftsminister auf, seinen Ankündigungen hinsichtlich der Beseitigung des Niedriglohlandes Thüringen auch Taten folgen zu lassen, wobei fraglich sei, ob der angekündigte Kurs, die Starken zu stärken, unbedingt der richtige Weg ist.

3



Am 13. Februar 2010 wollen wieder Tausende Neonazis durch Dresden marschieren. Ein breites Bündnis mobilisiert bundesweit gegen den Aufmarsch. Auch DIE LINKE Thüringen ruft zur Beteiligung an den Demonstrationen auf. Infos zu Mitfahrgelegenheiten aus dem IIm-Kreis ab Mitte Januar in der Geschäftsstelle in Arnstadt (03628 / 69 27 95) oder im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger. www.no-pasaran.mobi

4 DIE LINKE. IM STADTRAT ARNSTADT

Zur Stadtratssitzung am 21.01. beantragt die Linksfraktion im Stadtrat eine „Aktuelle Stunde zur kommunalen Zusammenarbeit zwischen Erfurt, Ichttershausen, Arnstadt und weiteren Gemeinden der Region in Fragen der kommunalen Wirtschaftspolitik“. Außerdem legt sie einen Beschlussantrag vor, mit dem der Bürgermeister aufgefordert werden soll, bis zum Ende des ersten Halbjahres ein Konzept zur Verbesserung der kommunalen

Gemeinschaftsarbeit vorzulegen. Mit einem schon zur Dezembersitzung des Stadtrates eingereichten Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des Stadtrates will DIE LINKE das Gremium demokratischer und transparenter gestalten. So fordert DIE LINKE zum Beispiel eine Bürgerfragestunde in jeder öffentlichen Sitzung sowie die Veröffentlichung von Vorlagen und Anträgen.

Mehr Infos auf www.die-linke.stadtrat-arnstadt.de

5 KLUGE WORTE: „Wenn ein Jahr nicht leer verlaufen soll, muss man beizeiten anfangen.“

(Johann Wolfgang von Goethe)

Kontakt im Landtag: Sabine Berninger | DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag | Jürgen-Fuchs-Str. 1 | 99096 Erfurt | 036 1 - 377 2302 | berninger@die-linke-thl.de

Kontakt im Wahlkreisbüro: Mitarbeiter: Thomas Schneider | Zimmerstraße 6 | 99310 Arnstadt | 03628 - 660 624 wkb-berninger@t-online.de | www.sabineberninger.de

6 TERMINE:

Samstag, 16.01.2010, 9.30 Uhr, Gast- und Logierhaus Goldene Henne:
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Arnstadt

Montag, 25.01., 23.02. und 15.03., jeweils 19 Uhr:
Polit.Tisch im LinXX.Treff:
Landtagsgeplauder

Samstag, 13.02.2010:
Kein Naziaufmarsch in Dresden!
Fahrt zur Antifaschistischen Demonstration nach Dresden

27.-29.01., 24.-26.02., 17.-19.03.:
Plenarsitzungen Thüringer Landtag
Weitere Termine finden Sie auf www.sabineberninger.de

Und für alle Termine gilt:

